

Interrogation-Nr. 2425

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

Vernehmung des Lambert MALSEN-PONICKAU
am 28.11.47 von 9.15 - 10.15 Uhr
durch: Mr. Herbert H. MEYER
auf Veranlassung von Mr. SCHILLER
anwesend: Dr. HEIM
Stenografin: I. Kirchhof

1. Fr. Ich moechte gerne mit Ihnen einige Fragen durchgehen ueber die EWZ. Koennen Sie mir zunaechst kurz angeben von wann und bis wann Sie in der EWZ waren und was Ihre Stellung dort war?
A. Ich war vom 27. Oktober 1939 bis zum Waffenstillstand bei der EWZ und von Juni 41 ab ihr Leiter.
2. Fr. Wann wurde die EWZ aufgebaut?
A. Das Datum kann ich nicht genau sagen, ungefaehr 12. oder 15. Oktober 39.
3. Fr. Was war der Anlass?
A. Die Umsiedlung der volksdeutschen Personen aus dem Baltikum, die aus Estland und Lettland ausgesiedelt wurden und schon unterwegs waren auf den Schiffen, fuer die beschleunigt eine behoerdliche Erfassung durchzufuehren war.
4. Fr. Warum wurde das dem Reichssicherheitshauptamt nicht uebertragen?
A. Soviel ich weiss aus dem Grund: Es kam die Einsetzung des Reichskommissars fuer die Festigung deutschen Volkstums.

00001

Als Reichskommissar wurde HIMMLER eingesetzt. Der dirigierte den behoerdlichen Sektor, wie Angelegenheiten der polizeilichen Meldeerfassung usw., insbesondere aber die Einfuehrung des HEYDRICH persoenlich fuer diese Angelegenheiten.

5. Fr. Durch Dr. HEIM.

Dreht es sich bei der Umsiedlung um den Staatsvertrag? Ich meine, wurde das gemacht auf Grund des Staatsvertrages?

A. Ja.

6. Fr. Durch Mr. MEYER.

Welche Befugnis kann ein Reichssicherheitshauptamt bei einer Einbuengerung haben?

A. Sachlich keine.

7. Fr. Well es HIMMLER dirigierte und die Funktionen der Einbuengerung an HEYDRICH gab?

A. Er dirigierte die Lenkung der Erfassung der Einbuengerung weiter an HEYDRICH und HEYDRICH hat sich seinerseits wieder der zustaeendigen Fachbehoerden bedient.

8. Fr. Wie setzt sich das wieder zusammen?

A. Meldeerfassung durch die Polizei, die uebliche Aufnahme der Personalien, Name der Eltern und Kinder, Erstellung eines Lichtbildes und im wesentlichen die Erstellung eines Umsiedlerausweises, der dem Umsiedler auf kuorzestem Weg in einem Tag ausgehaendigt werden sollte. Die naechste Gruppe war die berufliche Erfassung. Es wurde das bisherige Arbeitsverhaeltnis festgestellt, Ausbildung und Werdegang auf einer Karte festgelegt und es wurde jedenfalls auch Wuensche zur

Arbeit entgegengenommen. Weiterhin wurden die Umsiedler gesundheitlich ueberprueft und untersucht; Faelle akuter oder bedenklicher Krankheiten wurden dem betreffenden Gesundheitsamt oder medizinischen Stellen zugeleitet. Im uebrigen wurde eine Gesundheitskartei erstellt. Die erste Abteilung waren leitende Beamte der Ordnungspolizei. In der Arbeitsermittlung waren es in der Leitung Beamte des Reichsarbeitsministeriums und in der Gesundheitsabteilung Aerzte des Reichsinnenministeriums. Dann kam als letzte und wesentlichste Gruppe die sogenannte Staatsangehoerigkeitsstelle, geleitet von hoeheren Beamten des Reichsinnenministeriums unter der Oberaufsicht des Sonderbevollmaechtigten des Ministeriums, die nun aus den bisher gewonnenen Ergebnissen festzustellen hatten, ob einer Einbuengerung sofort entsprochen werden kann oder nicht. Dieser Verlauf der Arbeiten in der EWZ blieb bis zum Schluss im wesentlichen gleich, einzelne Faktoren wurden verbessert und ergaenzt. Wir hatten damals, im Oktober und November, bis Januar 40 eine Vermoegensstelle, die das hinterlassene Vermoegen aufzunehmen hatte. Das hat sich aber scheinbar als nicht zweckmaessig erwiesen und wurde gegen Januar/Februar 40 wieder aufgehoben. Zu diesem Zeitpunkt, meiner Erinnerung nach Januar 40, kamen durch einen Befehl HIMMLERS Angehoerige des Rasse- und Siedlungshauptamtes zur EWZ. Sie wurden abkommandiert und hatten erbbiologische, rassische Feststellungen wissenschaftlicher Art durchzufuehren, da sich, nach den damaligen Ansichten, hier eine einmalige Gelegen-

heit ergab, an einem grossen Personenkreis solche Ermittlungen zu machen und Erfahrungen zu sammeln. Das war bei den Baltendeutschen noch nicht durchgefuehrt.

9. Fr. Ist das alles?

A. In der Technik ist das alles.

10. Fr. Was gibt es ausser der Technik?

A. Wollen Sie Auskunft ueber die Organisationszusammenstellung?

11. Fr. Ja.

A. Die BWZ war eingeteilt in 5 Abteilungen. Abteilung I war die reine Organisations- und Personalfuehrung, also die Planung der Erfassung, bzw. Durchschleusungsaufgabe, wie sie genannt wurde. Die Abteilung II war die Finanzabteilung und Hausverwaltung, soweit Dienststellen vorhanden waren. Die Abteilungen III bis V waren fachliche Abteilungen. III umfasste die vorhin erwachte polizeiliche Meldeerfassung, Lichtbildstelle, Ausweisausstellung und Berufsermittlung. IV war die Gesundheitsabteilung und umfasste die gesamte gesundheitliche Ueberpruefung, Fuehrung der Gesundheitskartei und V umfasste das Staatsangehoerigkeitswesen, also ausschliesslich die Einbuergerung der Umsiedler.

12. Fr. Gab es sonst noch irgendwelche technischen Sachen bei der Einbuergerung oder Verteilung, was Ihnen aufgefallen war? Besondere Einteilungen die vorgenommen worden sind oder sonst was?

A. Sie meinen im Arbeitsgang?

13. Fr. Ja.

A. Da gab es die Frage der Einteilung in sogenannte Altreich-faelle und Ostfaelle, also A- und OFaelle. Diese Angelegenheit wurde bearbeitet und eingeteilt nach der Baltenumsiedlung und bei der, Ende Dezember beginnenden Umsiedlung von Wolhynien, Galizien und dem Narevgebiet, die auf Grund eines Staatsvertrages mit Russland stattfand. Der Grund war meiner Ansicht nach der, dass es sich hier nicht um die 1. Gruppe handelte und nicht um die 90 000 Personen. Ich weiss nicht, ob eine Gruppe von 100 000 Personen zur Umsiedlung kam. Es hat sich herausgestellt, dass eine Verteilung stattfinden muss, weil nicht alle Personen in einem Gebiet untergebracht werden konnten. Sie mussten eingeteilt werden nach dem Altreich und nach, unter deutscher Zivilverwaltung stehenden Gebieten, Westpreussen, Posen und Warthegau.

14.Fr. Wissen Sie nicht, wieviel Menschen in den Gebieten untergebracht wurden?

A. Es waren die Unterbringungsmoeglichkeiten ausserordentlich beschraenkt.

15.Fr. Wieso?

A. Der Lebensstandart auf dem Land.....

16.Fr. Ist das der einzige Grund, warum die Leute A und O eingeteilt wurden?

A. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

17.Fr. Koennen Sie es beaeiden, dass das der einzige Grund ist?

A. Ich bin mit meinen Ausfuehrungen noch nicht ganz zu Ende.

A und O beruhten auf verschiedenen Merkmalen. 1. ob ein Mann oder eine Familie koerperlich und leistungsfahig war. 2. ob sie Sied-

lungsanforderungen gewachsen war, ob seine beruflichen Eigenschaften im Osten es geschehen liessen, dass er dort hin kam. Bergarbeiter usw., die fuer den Osten nicht in Frage kamen, also technische Arbeiter, wurden fuer das Altreich eingeteilt. Es kam dann noch dazu die Taetigkeit der genauen Signungspruefung des Masse- und Siedlungshauptamtes, die eine grobe Einteilung machten in verschiedene Gruppen und deren schwachste Gruppe, nach der Untersuchung, ebenfalls im Altreich verbleiben sollte. Die Ansprueche des Umsiedlers auf Vermoegensausgleich, als Ersatz des hinterlassenen Vermoegens, blieben die gleichen, ebenso sein Anspruch auf Alters- und Invalidenversorgung. Die Tendenz der Umsiedler nach dem Osten oder dem Altreich zu gehen war grundverschieden. Sie konnte nicht auf einen gleichen Nenner gebracht werden. Es gab natuerlich eine ganze Reihe von Umsiedlern, die viel lieber nach dem Osten gingen, weil sie dort Verwandte hatten und es gab auch eine ganze Reihe, die ins Altreich wollten, weil sie da die etwas westlichen Verhaeltnisse antrafen, geordnetere Verhaeltnisse. Es war eine natuerliche Folge, dass eine Anzahl der Umsiedler mit der ihnen zugedachten Einteilung nicht einverstanden waren. Das wird aber immer so sein. In diesem Fall hatten sie die Moeglichkeit einen Antrag zu stellen auf Aenderung der Entscheidung. Formell sollte eine Entscheidung nur in Ausnahmefaelen geaendert werden. Das beruht, meines Wissens, auf einer direkten Anweisung von HIMMLER. Es ist uns gelungen, in Faelen, in denen der Wunsch des Siedlers berechtigt war und

uns berechtigt erschien, weil er zu Angehoerigen wollte und vielleicht Gruende hatte, die sein Verbleiben im Osten nuetzlich erscheinen liessen, diese Anordnung in der Weise zu umgehen, als diese Wirkungsnote auf meine eigene Verantwortung hin gesaendert wurde. Ich habe hier zusammengearbeitet mit den entsprechenden leitenden Herren dieser Erfassung und habe allgemein grosses Verstaednis gefunden. Im allgemeinen wurde gewuenscht, dass diese Maenner mit der Zeit abgeloeest wurden. Ich darf noch zur rassischen Erfassung hinzufuegen, dass sie einen besonderen Teil der EWZ gebildet hat insofern, als sie auch fachlich nicht dem Leiter der EWZ unterstellt war. Dieser hatte fachlich keinerlei Einfluss darauf, keinerlei Einblick. Die Beurteilung wurde nach einem Schluessel gemacht, der mir heute noch unklar ist. Die Gruppe der Mitarbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes unterstand ausschliesslich einem Beauftragten des Rasse- und Siedlungshauptamtes in fachlicher Hinsicht. Das Material ging nicht an die EWZ, sondern direkt an diese, wurde dort registriert und untergebracht.

18.Fr. Wer war der Beauftragte?

A. Zunaechst ein Herr KAASERER. Das war 1940. Meines Wissens wurde er Ende 40 abgeloeest, und zwar auf Grund eines, soweit ich mich erinnere, ich war damals noch nicht Leiter, Druckes unsererseits, da er uns etwas zu einseitig erschien und auch das Bestreben hatte die gesamte EWZ-Erfassung mehr auf das Rassegebiet zu bringen, was uns voellig abwegig erschien, ab-

gesehen davon, dass die Fachaemter dagegen gewettet haetten und auch haben. Ich kann es nicht genau sagen, aber ich glaube sein Nachfolger wurde Herr SCHWALM.

19.Fr. Von wann bis wann war SCHWALM da?

A. Das kann ich nicht sagen. Nicht sehr lang.

20.Fr. Ungefuehr?

A. $\frac{1}{2}$ Jahr vielleicht.

21.Fr. 40 bis 41?

A. Ja. Dessen Nachfolger Herr DONGUS war bis zur Aufloesung im Januar 45 da.

22.Fr. Die Eignungspruefungen waren Ihnen fachlich unterstellt?

A. Nein, ausschliesslich dem Hauptamt.

23.Fr. Die waren in Ihrer Arbeit nicht enthalten?

A. Nein.

24.Fr. Wem waren die unterstellt?

A. Den genannten Herren, die Beauftragte des Hauptamtes waren.

25.Fr. Wer waren sie?

A. Herren des Rasse- und Siedlungshauptamtes? Die erste Zeit Herr PANKEL, 40 Herr HOPPMANN, der abgeloeest wurde, meines Erinnern, Ende 43 durch Herrn HILDEBRAND, der wenig im Amt war. Der Vertreter wurde Herr THURNER.

26.Fr. Wissen Sie den Titel von HILDEBRAND?

A. Nein.

27.Fr. Den Titel von THURNER?

A. Ich glaube Brigadefuehrer und stellvertretender Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes.

28.Fr. Wissen Sie das bestimmt?

A. Stellvertreter weiss ich bestimmt.

29.Fr. Wissen Sie, wann er Stellvertreter war?

A. Gleichzeitig mit der Einsetzung HILDEBRANDS, weil dieser noch mit anderen Aufgaben betraut war, Ende 43, Anfang 44.

30.Fr. Wissen Sie, wer vorher Stellvertreter war?

A. Nein, ich glaube aber, da war ueberhaupt keiner da.

31.Fr. Kennen Sie HOFFMANN und HILDEBRAND?

A. Ja.

32.Fr. Haben Sie die besucht?

A. Nein.

33.Fr. Auch nicht dienstlich?

A. Ich erinnere mich, dass THURNER einmal da war Ende 44 zu einem Informationsbesuch.

34.Fr. Hat SCHWALM Sie besucht, nachdem er seine Taetigkeit aufgegeben hat?

A. Nein. Meines Wissen war er nicht mehr da, nur noch THURNER.

35.Fr. Haben Sie mal direkten Briefverkehr gehabt mit HOFFMANN oder HILDEBRAND?

A. Mit HILDEBRAND sicher nicht, mit HOFFMANN ist es moeglich, und zwar kam das in solchen Faellen, wo meistens Schwierigkeiten waren in Personalsachen und wo ich Wert darauflegte, auf eine Abloesung eines Mitarbeiters. Da habe ich mich direkt an das Amt gewandt.

36.Fr. Hat HOFFMANN Ihren Vorschlaegen immer nachgegeben?

A. Den Vorschlaegen wurde allgemein stattgegeben

37.Fr. Was waren die Gruende der Vorschlaege?

A. Von unserem fachlichen Standpunkt aus waren die Gruende eben die, dass Einzelne versucht haben zu starken Einfluss zu gewinnen oder sich auch dagegen gewehrt haben, Beurteilungen abzulehnen, die uns im Weg standen.

38.Fr. War das Urteil festbindend?

A. Nach HIMMLER schon. Ich habe eine Reihe, in der ich der Ansicht war, dass das Rasse- und Siedlungshauptamt nicht nachgeben kann, einfach abgelehnt.

39.Fr. Hat der Stellvertreter des Rasse- und Siedlungshauptamtes davon Kenntnis bekommen?

A. Nein.

40.Fr. Amtlich war das Urteil festbindend?

A. Ja.

41.Fr. Koennen Sie prozentmaessig die A und O Faelle angeben?

A. Wesentlich ueber 50 % OFaelle.

42.Fr. Haben Sie mal von S-Faellen gehoert?

A. Ja. Es wurden auch spaeter U-Faelle, Ungarn, R-Faelle, Rumannen und aehnliche Faelle bezeichnet. Das waren Personen, die ihre Umsiedlung nicht aufrechterhalten wollten und sich nicht umstellten oder nicht eingebuergert werden konnten. Es handelte sich in der Hauptsache dabei um Umsiedler aus Besarabien, Bugowina, den Nordgebieten von Rumannen, die kurz vor der Umsiedlung, wohl Ende 40, von Russland besetzt wurden. Da hat sich eine ganze Reihe Personen der Umsiedlung angeschlossen, um den Russen auszuweichen, die ansich nicht umsiedlungsberechtigt waren.

43.Fr. Was geschah mit diesen?

A. Die wurden als S-Paelle bezeichnet, gesammelt und auf Wunsch wieder nach Rumänien zurückgebracht.

44.Fr. Durch Dr. HEIM.

Dreht es sich bei der Umsiedlung der Leute auf Grund des Staatsvertrages mit Russland/Rumänien?

A. Ja.

45.Fr. Durch Mr. MEYER.

Erinnern Sie sich an Umsiedlungen, die nicht gedeckt waren durch den Staatsvertrag?

A. Jawohl. Es war eine kleine Umsiedlung von etwa 12 000 Personen in der Gottschee. Das war ein Gebiet südlich von Laibach/Jugoslawien. Diese Umsiedlung fand statt durch einen Vertrag zwischen Deutschland und der dortigen Besatzungsmacht Italien. Die nächste Gruppe war ein kleiner Personenkreis in Frankreich, die sich bei der Militärregierung gemeldet hatten, zur Minbuergerung. Da war ein Vertrag mit der Vichy-Regierung in Vorbereitung, der aber, meines Wissen, nicht abgeschlossen wurde. Es war der grösste Personenkreis der deutschen Umsiedler aus dem Schwarzen Meergebiet und aus Transnistrien, die nach der Besetzung durch die deutschen Truppen und vor Beginn des grossen Ruckzuges der deutschen Truppen umgesiedelt wurden.

46.Fr. Haben Sie mal gehoert, dass Umsiedlungen unter Druck vorgenommen worden sind?

A. Nein, das ging alles freiwillig.

47.Fr. Sie haben nie aus Gesprächen der Umsiedler oder Unterhal-

tungen gehoert, dass ein Druck ausgeuebt wurde?

A. Nein.

48.Fr. Ich meine Umsiedler aus Jugoslawien?

A. Die Leute kamen aus dem Schwarzen Meergebiet und sind weg, weil sie einen Druck von Russland befuerchteten. Die Leute sind sehr ungern von dort weg, aber sie hatten das schon einmal erlebt durch die Russen und wollten diesmal nicht wieder dort bleiben.

49.Fr. Sonst ist Ihnen nichts bekannt?

A. Nein.

50.Fr. Koennen Sie schaeetzen, wieviel Leute ohne Staatsvertrag umgesiedelt worden sind?

A. 150 - 200 000 Menschen.

51.Fr. Wieviel mit?

A. 800 000. Es waren insgesamt 1 Million Menschen.

52.Fr. Haben Sie von Elsasslothringen und Luxemburg gehoert?

A. Ja. Im Elsass fanden keine Umsiedlungen statt. In Luxemburg insofern, als in Paris eine kleine Gruppe Luxemburg-Deutscher bestand, die sich zum geringen Teil zur Umsiedlung gemeldet hatten nach Luxemburg.

53.Fr. Und von Luxemburg ins Altreich?

A. Im Rahmen der Umsiedlung nicht.

54.Fr. Haben Sie mal den Namen Stabshauptamt gehoert?

A. Jawohl.

55.Fr. Wissen Sie was die Arbeiten des Stabshauptamtes waren?

A. Meiner Ansicht nach war es ein geschaeftsfuehrendes Amt des

Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums.

56.Fr. Kennen Sie davon Leute?

A. Ja. GREIFELT, CREUTZ, STIER, SCHWARZENBERGER.

57.Fr. Haben Sie mit dem Stabshauptamt zusammen arbeiten muessen?

A. Infolge der grundsatzlichen Direktiven fuer die Erfassung der Umsiedler, welche vom Stabshauptamt herausgegeben wurden.

58.Fr. Haben Sie sich an die Direktiven halten muessen?

A. Die waren fuer mich bestanden.

59.Fr. Koennen Sie mir ein Beispiel geben?

A. HIMMLER hat seinen Erlass ueber die Einteilung von A-und O-Faellen ueber das Amt herausgegeben. Ich kann es aber nicht genau sagen, es muss aber so gewesen sein.

60.Fr. Und sonstige Anordnungen?

A. Es kamen Anordnungen allgemeiner Art, dass z.B. eine gewisse Berufsgruppe oder Umsiedlungsgruppe in diesem oder jenem Gebiet aufgebracht werden solle; z.B. eine Gruppe in der Landwirtschaft ausgebildeter Menschen, die einen Ostentscheid hatte, sollte nach Westen usw.. Es betraf uns nur insofern, als wir die Adresse hatten.

61.Fr. Wie wurde das uebermittelt? Durch Berlin oder durch eine Zwischenhand?

A. Das ging direkt durch Berlin.

62.Fr. Von wem waren die Anordnungen im wesentlichen unterschrieben?

A. Vom Chef des Hauptamtes, in einzelnen Faellen von den Referenten, z.B. STIER oder sonst einem Vertreter oder einem anderen Referenten.

63.Fr. Erinnern Sie sich an Unterschriften von CREUTZ?

A. Ich kann Ihnen im Moment keinen Fall sagen, aber ich nehme an, dass Unterschriften von ihm vorhanden sind, dass er im Auftrag oder in Vertretung des Chefs unterzeichnet hat.

64.Fr. Worauf beruht Ihre Annahme?

A. Weil CREUTZ Mitarbeiter war.

65.Fr. Kennen Sie seine Stellung?

A. Er war, meiner Ansicht nach, Stabsführer des Stabshauptamtes. Ich glaube nicht, dass er sachlich vertreten durfte.

66.Fr. Haben Sie Verhandlungen gehabt mit SCHWARZENBERGER?

A. Ich habe ihn einmal getroffen und da hat es sich herausgestellt, dass er mich schon als Kind kannte, 1908 in Landau. Es fanden 2 oder 3 mal kurze Besprechungen statt, und zwar, weil der Etat der EWZ aus Mittel des Reichskommissars gedeckt wurde.

67.Fr. Welche Stellung hatte SCHWARZENBERGER?

A. Er war Verwaltungsführer des Stabshauptamtes.

68.Fr. Wie stellte sich dieses Etat zusammen?

A. Das ist etwas schwierig zu beantworten. Meiner Ansicht nach wurden die Mittel jeweils ungefähr $\frac{1}{2}$ jährlich angefordert.

69.Fr. Alle Mittel kamen von Stabshauptamt?

A. Soviel ich weiss war der gesamte Etat aus den Mitteln des Stabshauptamtes, genau gesagt, waren es Mittel des Reichskommissars.

70.Fr. Kennen Sie die Volksdeutsche Mittelstelle?

A. Jawohl. Ich kenne sie arbeitsmässig daher, dass die Volks-

deutsche Mittelstelle 1. die Umsiedlung durchgefuehrt hat und 2. verantwortlich war, dass die vorlaeufige Unterbringung der Umsiedler im deutschen Gebiet in Lagern vor sich ging und es bestand insofern eine relativ enge Zusammenarbeit, als unsere Kommissionen in den Lagern taetig waren und sich in Verbindung setzen mussten mit den Leitern der Volksdeutschen Mittelstelle, wegen der Erfassungstermine.

71.Fr. Haben Sie von der Volksdeutschen Mittelstelle Anordnungen bekommen?

A. Nein.

72.Fr. Kennen Sie Leute von der Volksdeutschen Mittelstelle?

A. LORENZ, BRUECKNER, RADUMSKY.

73.Fr. Koennen Sie mir das Aufgabengebiet von BRUECKNER schildern?

A. Das kenne ich nicht.

74.Fr. Haben Sie Geschaeftsverbindung irgendwelcher Art mit BRUECKNER gehabt?

A. Sicher, als ich mich bei Fragen ueber die Erfassungsdurchfuehrung wiederholt an BRUECKNER wandte.

75.Fr. Was verstehen Sie darunter?

A. Es hat in irgendeinem Gebiet Verzoeigerung der Erfassung gegeben, dann habe ich das mit BRUECKNER besprochen und ihn gebeten, regelnd einzugreifen.

76.Fr. Was verstehen Sie unter Erfassung in diesem Zusammenhang?

A. Da verstehe ich die sogenannte Durchschleusung der Umsiedler der EWZ in den Vomilagern.

77.Fr. Sie haben die Umsiedler bekommen und es trat eine Verzoeige-

rung in der Durchschleusung ein?

A. Ja.

78.Fr. Und da haben Sie sich an BRUECKNER gewandt?

A. Ja, in den meisten Faellen und auch mal dazwischen an BEHRENS. Aber BRUECKNER war leichter zu erreichen, als BEHRENS. Ich habe BRUECKNER kennen gelernt in Frankreich, ich glaube Ende 42, bei einer Gelegenheit, bei der er im Auftrag seines Chefs, das wohl BEHRENS war, die Frage ueberpruefen sollte, wie weit eine kulturelle und allgemeine Betreuung der dortigen Menschen ist und wie zweckmaessig das ist oder nicht.

79.Fr. Warum haben Sie sich gerade an BRUECKNER gewandt? Was war der Grund?

A. Es war vielleicht, da ich ihn in Frankreich kennengelernt hatte und eine persoenliche Verbindung zu ihm bestand und er sachliches Verstaednis fuer unsere Wuensche hatte.

80.Fr. Er hat die Sache dann ausgeglichen?

A. Ja.

81.Fr. Um das auszugleichen musste er genau orientiert sein ueber Ihre Arbeit!

A. Er war allgemein orientiert.

82.Fr. Haben Sie mal mit ihm ueber Einzelheiten Ihrer Arbeit gesprochen?

A. Nein.

83. Fr. Sie sagen, im Rahmen des Reichskommissars sind verschiedene Aemter des Hauptamtes taetig gewesen. Ein Teil war Rasse-

und Siedlungshauptamt, ein Teil Reichssicherheitshauptamt, Volksdeutsche Mittelstelle. In welchem Rahmen spielen die untereinander?

A. Meiner Ansicht nach waren sie gleichgeordnet, wie auch das Stabshauptamt, nur dass dieses in grundsätzlichen Dingen federführend war.

84.Fr. Worauf beruht diese Bezeichnung?

A. Weil HIMMLER seine Befehle an das Stabshauptamt weitergegeben hat.

85.Fr. Auch die, welche an das Reichssicherheitshauptamt gingen?

A. Soweit es die Umsiedlung betraf.

86.Fr. Würde es gehen, HIMMLER, HEYDRICH, EWZ, oder HIMMLER, STABSHAUPTAMT, EWZ?

A. Darf ich dazu sagen, dass bei HIMMLER alles möglich war.

87.Fr. Ich meine rein arbeitsmässig?

A. Ansich nicht, aber es war, so dass HIMMLER plötzlich erschien und Befehl gab.

88.Fr. In der Regel bekam es nicht HEYDRICH, sondern GREIFELT und sein Büro?

A. Jawohl.

89.Fr. Sie haben mir 3 Gründe geschildert, die bei der Umsiedlung notwendig waren; Eignung, berufliche Frage und die rassische Überprüfung. Können Sie mir ungefähr den Satz angeben, wie diese 3 gewissermassen jonglierten?

A. Das kann ich nicht.

90.Fr. Können Sie sagen, was überwiegend gewesen ist von diesen

3 Gruenden?

A. Das kann ich bei der besten Ueberlegung nicht sagen. Das ueberschnitt sich auch in vielen Faellen. Ein Mann, der persoenlich nicht sehr faehig war wurde meist von Angehoerigen des Rasse- und Siedlungshauptamtes mit der schwaechesten Note bedacht.

91.Fr. Sie haben den Arzt, der die persoenlichen Untersuchungen machte, die Eignungspruefung und die rassische Untersuchung machte gesprochen? Haben diese Leute ihr Urteil im Einzelnen abgegeben?

A. Das war verschieden. Wenn im Urteil des Arbeitsermittlers eine bestimmte Berufsgruppe festgestellt wurde, die eben nur im Reich gebraucht wurde, dann war das ausschlaggebend. Wenn der Arzt feststellte, dass die Familie an einer schweren Krankheit litt, oder medizinisch erbbiologisch belastet war, dann war das ausschlaggebend.

92.Fr. Sie wissen, wie es bei Facharbeitern oder Schwerkranken war?

A. Das kann ich nicht sagen.

93.Fr. Glauben Sie, dass die meisten Leute schwer krank waren?

A. Nein, das war der geringste Teil.

94.Fr. Glauben Sie, dass die meisten Facharbeiter waren?

A. -----

95.Fr. Durch Dr. HEIM:

Dreht es sich bei der aerztlichen Untersuchung lediglich um Krankheitsbilder oder um die ganze Konstitution?

A. Es war eine Beurteilung, wie jedes Gesundheitsamt sie machte: Krankheitsbild des Betreffenden, was er fuer Krankheiten

durchgemacht hat, in welchem koerperlichen Zustand er sich befand und ein Teil war natuerlich die gesamte persoanliche Leistungsfahigkeit. Es war ein umfassendes Gesundheitsbild.

96.Fr. Durch Mr. MEYER.

Diese Finanzen, welche Sie vom Stabshauptamt bekommen haben, die sind vom Reichskommissar gewesen? Warum haben Sie diese Sache gerade vom Stabshauptamt bekommen und nicht vom Reichssicherheitshauptamt?

A. Das kann ich nicht beurteilen. Das kam bei uns im Rahmen des Reichskommissars zustande. Ich war aber dem Reichsheereshauptamt zur Abrechnung verpflichtet, bzw. das Amt II des Reichsheereshauptamtes war Aufsicht ueber unsere Finanzen.

97.Fr. Warum hat HIMMLER nicht dem Reichssicherheitshauptamt Anweisung gegeben?

A. Weil wir sachlich kein Teil des Reichssicherheitshauptamtes waren.

98.Fr. Sondern?

A. Wir waren ein Teil des Reichskommissars.

99.Fr. Was verstehen Sie unter Stabshauptamt?

A. Weil es federfuehrend war.

100.Fr. Diese Zusammenstellung der Gelder, musste das in Einzelheiten aufgeteilt werden, oder wurde gesagt: 100 000 Mark fuer das oder das, ohne Spezifikation?

A. Ohne und es musste genau Abrechnung gefuehrt werden.

101.Fr. Die Abrechnung ging durch?

A. An das Amt II des Reichsheereshauptamtes.

102.Fr. Hat SCHWARZENBERGER Sie nicht mehr gefragt ueber irgendwelche Summen, die Sie verwendet haben?

A. Nein. Ich hatte einen Verwaltungsfuehrer, der mit der Aufsichtsbehoerde in Verbindung stand.

103.Fr. War war das?

A. Hugo MIESNER bis 1943 und dann ein Polizeioberinspektor HENKEL bis zum Einmarsch der amerikanischen Truppen.

104.Fr. Wissen Sie, wo die Leute heute sind?

A. MIESNER Lager 75 Kornwestheim bei Stuttgart und HENKEL in St.Postel.

105.Fr. Kennen Sie Dr. MEYER-HETTLING?

A. Nein, ich habe ihn nur einmal fluechtig gesehen.

106.Fr. Haben Sie irgendeine Verbindung mit ihm gehabt?

A. Keinerlei.

107.Fr. Kam es bei der Klassifizierung vor, dass eine Familie verschieden klassifiziert wurde?

A. Das kam vor und musste ausgeglichen werden.

108.Fr. Wie?

A. Durch Antrag.

109.Fr. War das moeglich?

A. Ja, meiner Ansicht nach wurde es ausgeglichen.

110.Fr. Bei der Einuergerung, wurde da Druck ausgeuebt die Staatsbuergerschaft zu nehmen, oder wurden die Leute gefragt?

A. Die Leute wurden gefragt.

111.Fr. Kam es vor, dass Leute eingebuergert wurden, ohne gefragt zu werden?

A. Nein.

112.Fr. Nie?

A. Nein.

113.Fr. Wurden die Leute eingeschworen auf das Deutsche Reich?

A. Nein, es wurde ihnen lediglich formell in ordentlicher Weise die Urkunde uebergeben.

114.Fr. Die Leute wurden nicht vereidigt auf das Deutsche Reich?

A. Nein.

115.Fr. Es gab keine Leute, die sich gestraeußt haben und gegen die polizeiliche Massnahmen unternommen wurden?

A. Nein. Es kamen ja zu uns nur Leute, die sich um die Einbuengerung beworben hatten und ich erinnere mich keines Falls, wo Schwierigkeiten entstanden waeren.

116.Fr. Sie sagen A klassifiziert, das hatte keinen Nachteil?

A. Nein.

117.Fr. Die Leute haben Vermoegensausgleich bekommen?

A. Es war geplant, wie es durchgefuehrt wurde, das weiss ich nicht.

118.Fr. Durch Dr. HEIM.

Die Leute hatten also eine Forderung?

A. Ja.

119.Fr. Durch Mr. MEYER.

Kennen Sie die DUT?

A. Jawohl.

120.Fr. Haben Sie mit ihr zusammengearbeitet?

A. Zeitenweise, ich kann nicht genau sagen wann, war die DUT

beteiligt an der Vermoegenserfassung.

121.Fr. Wissen Sie, was die DUT war?

A. Meiner Ansicht nach war es eine Treuhandgesellschaft.

122.Fr. Zu wem hat sie gehoert?

A. Zum Stabshauptamt.

123.Fr. Kennen Sie die DAG?

A. Kenne ich nicht.

124.Fr. Ich glaube das ist Alles. Diese Aussagen koennen Sie be-
eiden?

A. Jawohl.

125.Fr. Dann moechte ich Sie noch einschwoeren. Stehen Sie bitte
auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und sprechen Sie mir den
Eid nach: "Ich schwore bei Gott, dem Allmaechtigen und
Allwissenden, dass ich meine heutigen Aussagen nach bestem
Wissen und Glauben gemacht habe, nicht hinzugefuegt und
nichts ausgelassen habe!

A. (Zeuge spricht den Eid nach)

126.Fr. Wann sind Sie in die SS eingetreten?

A. Am 15. November 1931.

127.Fr. Was war Ihr letzter Rang?

A. Standartenfuehrer.

128.Fr. Der allgemeinen SS?

A. Standartenfuehrer des SD.

129.Fr. Ihr Rang in der SS?

A. Sturmfuehrer und wurde als Sturmfuehrer 1934 im SD ueber-
nommen.

130.Fr. Waren Sie bei der Waffen-SS oder SD?

A. SD.

131.Fr. Wann sind Sie der Partei beigetreten?

A. 1. August 1931.

132.Fr. Hatten Sie sonstige Funktionen in der Partei, ausser Ihrer Tätigkeit in der EWZ?

A. Von 34 bis Kriegsbeginn war ich namentlich Aussenstellenleiter in Ulm und sollte 36 als Kreisamtsleiter Technik in Neu-Ulm aufgenommen werden, das habe ich aber abgelehnt.

133.Fr. Sonst?

A. Nichts.

134.Fr. Danke.

Interrogations-Nr. 2425 H

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1998/56

Vernehmung des Lambert MALSEN-PONICKAU
am 28.11.47 von 18.00-18.30 Uhr
durch: Mr. Herbert H. MEYER
auf Veranlassung von Mr. SCHILLER
anwesend: Herr Dr. HEIM
Stenografin: I. Kirchhof

1. Fr. Ich moechte Sie bitten, sich das mal durchzulesen. Es ist Ihre heutige Aussage, die ich in eine Eidesstattliche Erklaerung zusammengefasst habe.
 - A. Das soll ich unterschreiben?
2. Fr. Das ist das, was in der Vernehmung gestanden hat.
 - A. (Zeuge liest die Erklaerung)
 - A. In der Form ist es mir nicht moeglich meine Aussagen zu bestaetigen und anzuerkennen. Es erscheint hier das Bild, als ob das Stabshauptamt eine Stelle war, die mir Anordnungen gegeben hat, waehrend ich in meiner heutigen Aussage das eingeschraenkt habe.
3. Fr. Sie haben gesagt, grundsatzliche Anweisungen!
 - A. Ja, aber es fehlen in dieser Erklaerung die einschraenkenden Voraussetzungen. Ich kann diese Erklaerung nicht unterschreiben, weil meine Ausfuehrungen in dieser kurzen Form ganz anders klingen. Ausserdem sehe ich nicht ein, weshalb ich eine Erklaerung unterschreiben soll, wenn ich sowieso in den Zeugenstand komme und dort meine Aussagen viel ausfuehrlicher unter Eid mache.

4. Fr. Wollen Sie, dass ich die Erklärung in der Form von Frage
und Antwort mache?

A. Ich moechte diese Erklärung nicht unterschreiben.

(Zeuge unterschreibt nicht)

25-1129-26
Beglaubigte Abschrift

Freiherr L. von Malsen-Ponickau
Architekt - (13b) Reutti B. Neu-Ulm. Schw.

Reutti, 19. 6. 54

An den

Herrn Niedersächsischen Minister
des Innern

H a n n o v e r
Calenberger Str. 1

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 2642/61	Best. Zs-1789
Rep.	Kat. 11.

Betr.: Durchführung der §§ 3 Nr. 4, 67 des Bundesgesetzes
zu Art. 131 GG;
A.Z. III/9 (5) 20.70.00 Nr. 2984/52 -

In Beantwortung des Schreibens vom 3.7.1954 gestatte ich
mir folgendes mitzuteilen:

- a) Die Aufgaben der Einwandererzentralstelle habe ich in
meiner Erklärung vom 20.11.50 geschildert.
Ergänzend hierzu kann ich sagen, daß die Zentralstelle
der Einwandererzentrale (EWZ) sich im Herbst 1939 bis
Anfang 1940 in Posen und anschließend in Lodz befand.
Dieser Zentralstelle unterstanden je nach der Ausdehnung
des Aufgabenbereichs einzelne Nebenstellen, z.B. Posen,
an einem in Sachsen für die Umsiedlerlager zentral ge-
legenen, mir nicht mehr bekannten Ort und in den Jahren
1942/43 in Paris. Ferner unterstanden der Zentralstelle
eine Reihe von sog. stehenden oder fliegenden Kommissionen,
die im Umfang von etwa 20 Angestellten die behördenmäßige
Erfassung in den einzelnen Lagern durchzuführen hatten,
- b) die Rechtsgrundlage zur Einrichtung der EWZ beruhte auf
einem Erlaß des Reichsministers des Innern, der Anfang
Oktober 1939 herausgekommen ist. Auf Grund dieses Erlasses
hatte die EWZ die in meiner Erklärung vom 20.11.50 ge-
schilderte Einbürgerung durchzuführen.

Zur Durchführung der Aufgabe war die Verwaltung der EWZ
durch Beamten der Sicherheitspolizei zu besetzen, während
die einzelnen Fachgruppen wie geschildert durch Beamten der
Ordnungspolizei des Reichsarbeitsministeriums, des Reichs-
innenministeriums und des statistischen Reichsamts zu be-
setzen waren.

Die Ärztliche Untersuchung der Umsiedler hatte durch Ärzte, die vom Reichsgesundheitsamt abkommandiert waren, zu erfolgen.

- c) Eine Verbindung zwischen der Einwandererzentrale und der Umwandererstelle bestand nicht. Über die Tätigkeit der Umwandererstelle hatten die Angehörigen der Einwandererzentrale keine Kenntnis. Auch ich bin nicht darüber unterrichtet, was eigentlich die Aufgabe der Umwandererstelle war und wo sie überall stationiert war.

Die Deutsche Volksliste wurde meiner Erinnerung nach in den besetzten polnischen Gebieten aufgestellt, eine direkte Verbindung zwischen ihr und der EWZ bestand nicht. Es ist möglich, daß in Einzelnen Volkslistenauszüge mit den Umsiedleraufstellungen verglichen werden mußten und daß Rückfragen zu beantworten waren. Ein offizieller dienstlicher Verkehr war nicht vorhanden.

Eine Verbindung mit der volkdeutschen Mittelstelle bestand insofern, als die volkdeutsche Mittelstelle für den Abtransport der Umsiedler aus den Umsiedlungsgebieten z.B. dem Baltikum, Polhynien, Galizien, Bessarabien etc. verantwortlich war und in dieser Eigenschaft mit den russischen Behörden die entsprechenden Verhandlungen und Aufgaben durchzuführen hatte. Ferner war es Aufgabe der volkdeutschen Mittelstelle, die Umsiedler in Lagern in den besetzten Gebieten bzw. im Reichsgebiet unterzubringen und zu versorgen, bis die Umsiedler an ihre Arbeitsplätze oder Wohnplätze entlassen werden konnten. Die EWZ erhielt von der volkdeutschen Mittelstelle die Listen der in den Lagern eingetroffenen Umsiedler und hatte an Hand dieser Listen dann das Einbürgerungsverfahren durchzuführen.

Auf welcher Rechtsgrundlage die volkdeutsche Mittelstelle beruhte, ist mir nicht bekannt, meines Wissens war sie ein Hauptamt der Reichsführung ss.

- d) Von der Geheimen Staatspolizei bzw. Sicherheitspolizei wurden lediglich Verwaltungsbeamte an die EWZ abgeordnet. Diese Beamten hatten die finanzielle und organisatorische Verwaltung durchzuführen, d.h. die Gehaltsauszahlungen, die Abrechnungen über den Verbrauch der EWZ, die Führung

des Kraftfahrerparkes, die Einkleidung der Dienststellenangehörigen, soweit erforderlich etc.

Irgendwelche Exekutive hatten die Beamten beider EWZ nicht, da die EWZ an sich keinerlei Exekutivfunktionen auszuüben hatte.

- e) Es ist mir nicht bekannt, welche Stellen an der sog. Zwangsgermanisierung beteiligt waren.

Allgemein kann ich noch sagen, daß von den angeführten Behörden nur die leitenden Beamten an die EWZ abgeordnet waren, während der größte Teil der Dienststellenangehörigen Zivilangestellte zum Teil aus den Reihen der Umsiedler waren.

Sollten noch weitere Auskünfte von mir gewünscht werden, deren Umfang ich im ~~moment~~ Moment nicht erkennen kann, so bin ich jederzeit bereit, sie nach bestem Wissen zu beantworten.

Hochachtungsvoll
gez. Malsen



Beglaubigt:
Malsen
Angestellte